

Wo liegen aus Landessicht gemeinsame Interessen von Land und Kommunen?

- Gerd Schramm –

E-Government ist eine große Herausforderung an alle Ebenen der Verwaltung, die von keiner Verwaltung alleine bewältigt werden kann. Eine Zusammenarbeit über Grenzen einzelner Organisationseinheiten hinaus ist zwingend erforderlich, wenn die Voraussetzungen für die rechtssichere, elektronische und durchgängige Abwicklung von Verwaltungs- und Geschäftsprozessen möglich werden soll.

Es gilt die unterschiedlichen **Informationsprozesse**, **Kommunikationsprozesse** und **Transaktionsprozesse** in einem zwischen selbständigen Organisationseinheiten abgestimmten Konzept zu realisieren.

Dem gemeinsamen Aufbau einer E-Governmentplattform für die Verwaltung in Schleswig-Holstein sollte hierbei erste Priorität haben. Die bereits realisierten Komponenten **Landesdatennetz** und **Standardbüroarbeitsplatz** sind um die gemeinsamen Komponenten **Verwaltungsportal**, **elektronische Unterschrift** und **Verschlüsselung**, **virtuelle Poststelle**, **Zuständigkeitsfinder**, **Formularserver** und **Zahlungsplattform** für Landes- und Kommunalverwaltung zu ergänzen und integriert zu betreiben.

Neben der Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinaus, ergibt sich die Notwendigkeit der Einbindung leistungsfähiger Dienstleister. Mit der Fusion der Datenzentrale Schleswig-Holstein, dem Landesamt für Informationstechnik Hamburg und dem IT-Bereich des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten der freien und Hansestadt Hamburg zu **dataport** werden zum 1. Januar des kommenden Jahres die Voraussetzungen für die Erbringung von IT-Dienstleistungen für die Verwaltung in Schleswig-Holstein und die länderübergreifender Zusammenarbeit verbessert.

Die Möglichkeiten einer gemeinsamen E-Governmentplattform sollten für organisatorische Veränderungen genutzt werden, die zu einer Neustrukturierung der Verwaltungsprozesse in bürgernahe **Frontoffice**-Bereiche und leistungsfähige gemeinsame **Backoffice**-Bereiche zum Ziel hat.

Wo liegen gemeinsame Interessen von Land und Kommunen? - aus Landessicht

25.06.2003



(Gerd Schramm)

Was bedeutet eGovernment?

EGovernment bedeutet die **rechtssichere** und **elektronische** Abwicklung von Verwaltungs- und Geschäftsprozessen der Verwaltung über Organisationsgrenzen hinweg, wobei unterschieden werden muss in

Informationsprozesse,

die eine ungerichtete Informationsverteilung haben,

Kommunikationsprozesse,

deren Abwicklung von Auskunftsverfahren im Dialog, ohne oder nur mit geringer rechtlicher Bindung der Kommunikationspartner erfolgen und

Transaktionsprozesse,

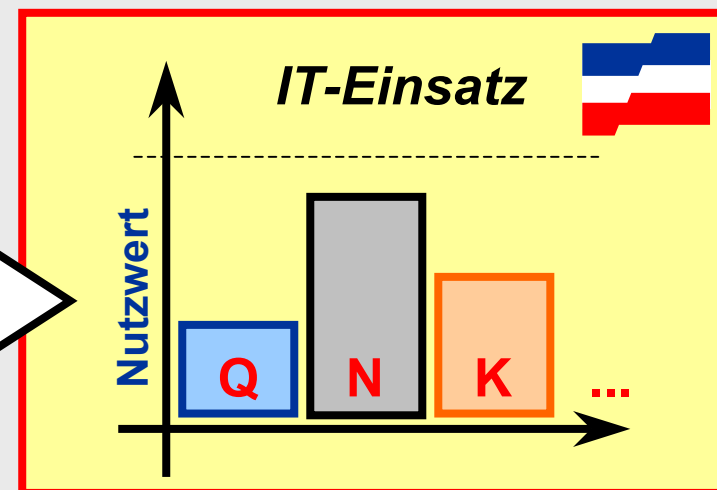
die integrierte und kooperative Abwicklung von Verwaltungsverfahren mit hoher rechtlicher Bindung erhalten.

Welches allgemeine Ziel ist zu verfolgen?

Es geht bei den Basis-Infrastrukturen für eGovernment nicht um die Realisierungen technischer Spielereien, sondern :

- um Steigerung der **Qualität** derjenigen Prozesse, die mittels IT-Unterstützung zur Modernisierung der Verwaltung beitragen.
- um die Umsetzung der Anforderungen, die uns durch äußere Rahmenbedingungen als **Notwendigkeit** vorgeschrieben werden.
- um durch den Einsatz von IT die **Kosten**, die bei Verwaltungsprozessen entstehen zu reduzieren.

moderner Verwaltungsprozess



Zusammenarbeit mit starken Partnern!

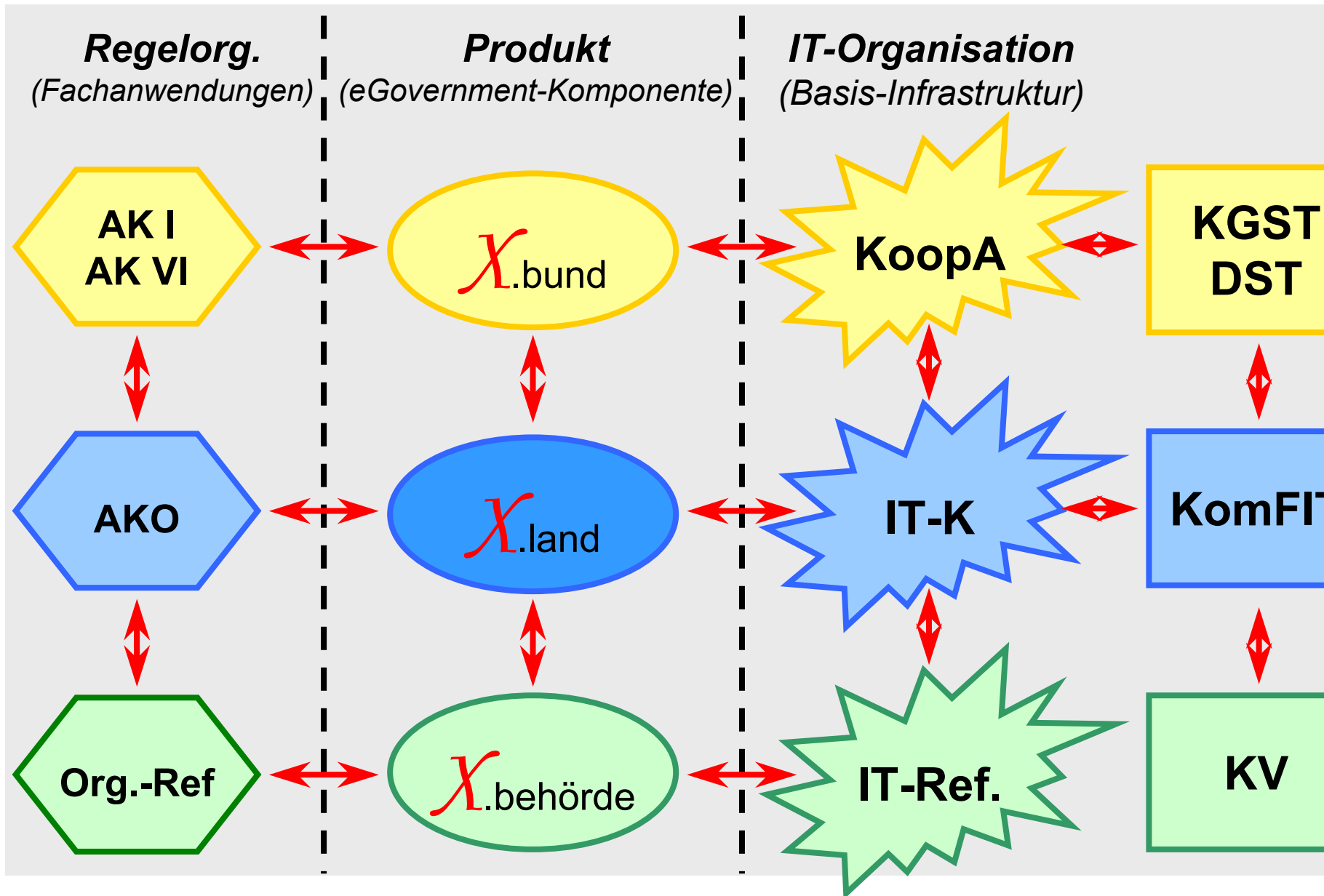


- Fusion der
 - Landesbanken
 - statistischen Landesämter
 - Eichämter
 - IT-Dienstleister

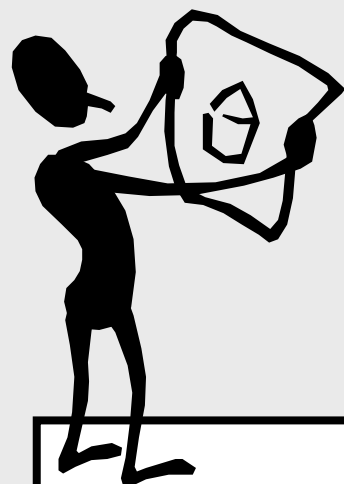


- Projekt „Metropolregion Hamburg“

Welche Gremien gibt es?

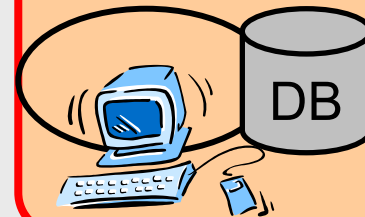


Was ist in Schleswig-Holstein zu tun?

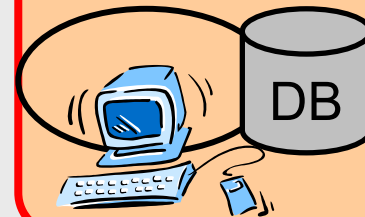


moderner Verwaltungsprozess

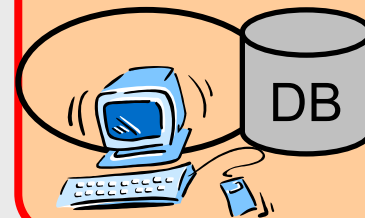
Behörde A



Behörde B



Behörde ...



Wie sieht der weitere Ausbau aus?

- einheitliches **Landesnetz** für die Verwaltungen in Schleswig-Holstein
- einheitlicher Standardarbeitsplatz (**IKOTECH III**) für Land und Kommunen
- gemeinsame landesweite **PKI** für Schleswig-Holstein
- ein **Verzeichnisdienst** für die Landesverwaltung und Landesverbände
- ein zentrales **Verwaltungsportal** für Schleswig-Holstein
- eine **virtuelle Poststelle** als Datendrehscheibe
- eine **Zahlungsplattform** für kostenpflichtige online-Dienstleistungen
- ein **Formularserver**

Welche Anwendungsfelder gibt es?

■ **Government to Government (g2g):**

- Personalmanagement (PERMIS)
- Kommunaler Investitionsfond (KIF)

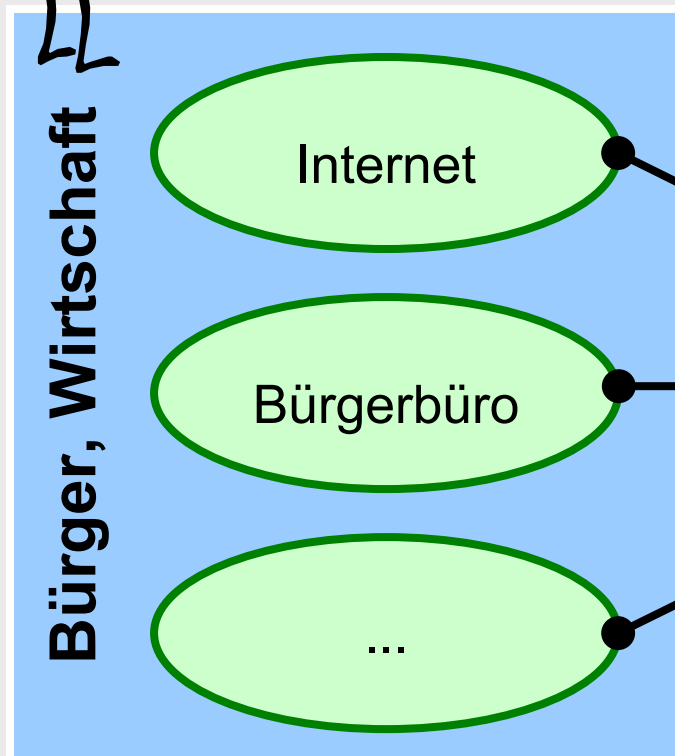
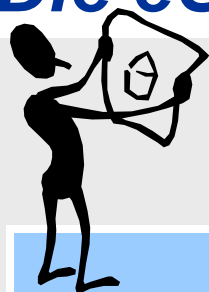
■ **Government to Business (g2b):**

- Sonderabfallbegleitschein (GOES)
- EU-Agrarförderung der Landwirtschaft (ZIAF)
- elektronisches Mahnverfahren (ProfiMahn)

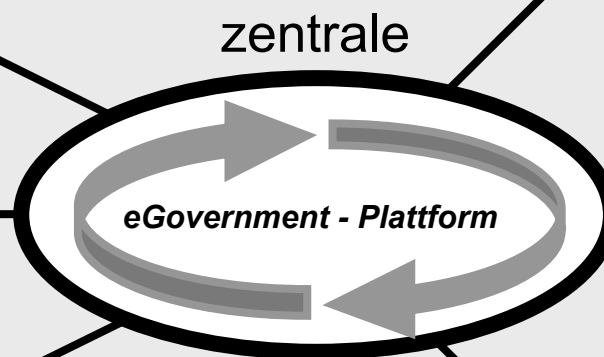
■ **Government to Citizen (g2c):**

- ELSTER
- Verwaltung 2000

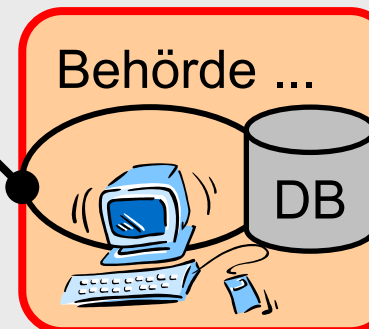
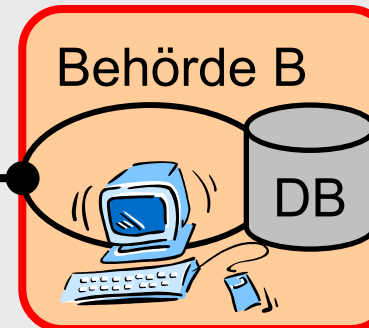
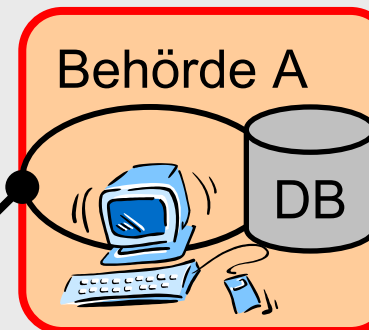
Die eGovernment-Architektur



Front-Office



Mid-Office



Back-Office

Also ...

- Die Einführung von eGovernment ist eine **Aufgabe der gesamten Verwaltung** und erfordert eine Vernetzung aller Ansätze.
- **Alleingänge** einzelner Verwaltungen werden **nicht** zum Erfolg führen.
- Es muss eine **gemeinsame Infrastruktur mit einer zentrale Steuerung und Verantwortung** für das eGovernment von Land und Kommunen aufgebaut werden.
- Die Verwaltung braucht bei der Einführung von eGovernment **starke und verlässliche Partner**.
- Die Einführung von eGovernment muss mit organisatorischen Veränderungen verbunden werden, die Chancen einer Neustrukturierung der Aufgaben in **Front- und Backoffice** sollten gemeinsam genutzt werden.